

PROTOKOLL BÜRGERINFORMATION

Körperschaft:	Gemeinde Bad Zwischenahn		
Gremium	Ausschuss für Planung, Energie und Umwelt		
Sitzung am:	Dienstag, 16.02.2016		
Sitzungsort:	Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5		
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr	Sitzungsende:	20:45 Uhr

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ausschussvorsitzender

Herr Peter Kellermann-Schmidt CDU

Ausschussmitglieder

Frau Annegret Bohlen	SPD	
Frau Inga Brettschneider	GRÜNE	
Herr Henning Dierks	SPD	bis 18:45 Uhr
Herr Karl-Heinz Hinrichs	SPD	
Herr Jan Hullmann	UWG	für AM Dehnert
Herr Dr. Frank Martin	CDU	für AM Frau Bruns
Herr Dietmar Meyer	SPD	
Herr Hermann Peters	CDU	
Herr Ludger Schlüter	GRÜNE	
Herr Klaus Warnken	CDU	

beratendes Mitglied als Vors. des StruV

Frau Manuela Imkeit SPD ab 18:55 Uhr für AM Dierks

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling
Herr Carsten Meyer
Herr Rolf Oeljeschläger
Herr Andreas Gronde zugleich Protokollführer

entschuldigt fehlen:

Ausschussmitglieder

Frau Maria Bruns	CDU
Herr Diethard Dehnert	UWG

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 2 |
| 2. | Genehmigung des Protokolls vom 01.02.2016 (Nr. 212) | 3 |
| 3. | Bericht der Verwaltung | 3 |
| 4. | Nachfolgenutzung für das ehemalige Bundeswehrkrankenhausgelände in Rostrup hier:
a) Anpassung des Eckwertepapieres
b) Abschluss eines städtebaulichen Rahmenvertrages
c) Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr 156 - Rostrup westlich Bachstelzenweg- sowie dazugehörige Flächennutzungsplanänderung
d) Durchführung einer Bürgerinformationsversammlung
Vorlage: BV/2016/014 | 4 |
| 5. | Anfragen und Hinweise | 6 |
| 6. | Einwohnerfragestunde | 6 |

Nicht öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Kellermann-Schmidt eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit.

Zur Tagesordnung verweist AV Kellermann-Schmidt auf zwei vorliegende Anträge der Ratsmitglieder Frau Inga Brettschneider und Herrn Edgar Autenrieb vom 14.02. und 15.02.2015. AV Kellermann-Schmidt trägt die Inhalte der Anträge vor.

Hiernach wird vom Stellv. AM Dr. Martin im Namen der CDU-Fraktion beantragt, für die heutige Sitzung des Fachausschusses einen nichtöffentlichen Teil vorzusehen um Details des städtebaulichen Rahmenvertrages erörtern zu können. Er begründet dieses damit, dass aus rechtlichen Gründen über Einzelheiten des Vertrages im öffentlichen Teil nicht gesprochen werden dürfe. Es sei geboten, dass auch der Fachausschuss in dieser Sache Details diskutiere, um sich eine Meinung zu den Inhalten des Vertrages bilden zu können. Ziel der CDU-Fraktion sei es in jedem Falle, eine Entscheidung in der Angelegenheit „Nachfolgenutzung“ noch in dieser Ratsperiode zu treffen. Abschließend bedankt sich Stellv. AM Dr. Martin bei der Bauverwaltung für das heute zu beratende Verhandlungsergebnis. Es seien gute bis sehr gute Ergebnisse erzielt worden.

AM Hinrichs erklärt, es gebe keine stichhaltigen Gründe für eine Vertagung der Angelegenheit. Im Wesentlichen seien heute Entscheidungen zu treffen zum Eckwertepapier sowie zu den Bauleitplanungen. Auch sei die Diskussion über die Zulassung einer Wohnbebauung

nicht neu. Zu den Bauleitplanungen weist er darauf hin, dass es heute lediglich um die Aufstellungsbeschlüsse gehe. Die inhaltlichen Beratungen würden danach folgen. Seit 2008 würden intensive Beratungen zur Nachfolgenutzung des Geländes geführt. Die Materie sei hinlänglich bekannt, sodass eine Bewertung der Vorlage der Verwaltung möglich sei. Dem Antrag, einen nichtöffentlichen Teil vorzusehen, könne man zustimmen. Aus juristischen Gründen könne in öffentlicher Sitzung nur über Grundzüge des Vertrages diskutiert werden. Die textliche Fassung müsse im Detail im VA beraten werden, wie es die Verwaltung auch vorgesehen habe.

AM Schlüter weist darauf hin, dass man sich in der Fraktion der Grünen nicht einig sei. Mehrheitlich sei man in der Fraktion aber der Auffassung, dass eine Beratung erfolgen könne. Seit Jahren würden in dieser Angelegenheit Beratungen geführt. Es ginge heute darum, dass Verfahren in Gang zu setzen. Nichts werde festgeschrieben. Es würden lediglich Aufstellungsbeschlüsse für die erforderlichen Bauleitplanungen gefasst. Das Verfahren sei Ergebnisoffen. Auch werde die Öffentlichkeit frühzeitig beteiligt.

AM Frau Brettschneider verweist auf das vom Rat 2013 beschlossene Eckwertepapier. Dieses sehe ausdrücklich kein Wohnen vor. Eine andere Entscheidung sei für sie nicht nachvollziehbar. Sie befürchtet, dass ausschließlich Luxuswohnungen erstellt würden. Hiervon habe man genug im Ortskern von Bad Zwischenahn.

Im Anschluss hieran wird über die vorliegenden Anträge wie folgt abgestimmt:

Antrag der Ratsmitglieder Frau Brettschneider und Herrn Autenrieb auf Vertagung der Entscheidung des Tagesordnungspunktes „Nachfolgenutzung für das ehemalige Bundeswehrkrankenhausgelände in Rostrup“ bzw. des Punktes b) der Beschlussvorlage um mindestens vier Wochen.

Dem Antrag wird mit 1 Ja-Stimme und 10 Nein-Stimmen nicht entsprochen.

Antrag der Ratsmitglieder Frau Brettschneider und Herrn Autenrieb, die Behandlung der gesamten Beschlussvorlage BV/2016/14 um drei Monate zu verschieben.

Dem Antrag wird mit 1 Ja-Stimme und 10 Nein-Stimmen nicht entsprochen.

Dem Antrag des stellv. AM Dr. Martin für die CDU-Fraktion, einen nichtöffentlichen Teil für die heutige Fachausschusssitzung vorzusehen, wird mit 10 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme gefolgt.

- 10 -

2 Genehmigung des Protokolls vom 01.02.2016 (Nr. 212)

Beschluss:

Das Protokoll vom 01.02.2016 (Nr. 212) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

3 Bericht der Verwaltung

Keine Berichtspunkte.

4 Nachfolgenutzung für das ehemalige Bundeswehrkrankenhausgelände in Rostrup hier:

a) Anpassung des Eckwertepapieres

b) Abschluss eines städtebaulichen Rahmenvertrages

c) Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr 156 - Rostrup westlich Bachstelzenweg- sowie dazugehörige Flächennutzungsplanänderung

d) Durchführung einer Bürgerinformationsversammlung

Vorlage: BV/2016/014

FBL Meyer erläutert ausführlich anhand von Plänen das Ergebnis der Verhandlungen mit der Grundstückseigentümerin, der Palais am Meer GmbH & Co. KG. Auf den Inhalt der Beschlussvorlage wird hierbei Bezug genommen. Er stellt heraus, dass neben der von der Gemeinde zu erwerbenden Fläche zur Größe von rund 2,4 ha weitere 16,5 ha an die Gemeinde übertragen werden sollen. Dies sei eine Fläche, die deutlich größer sei als der Landschaftspark Rostrup. Dieser habe eine Größe von rund 8,2 ha. Ziel sei es, dieses dann der Gemeinde gehörende Gelände ähnlich zu gestalten wie den Landschaftspark Rostrup. Möglich sei es in diesem Zusammenhang, zusätzlich ca. 4,5 ha im Bereich des ehemaligen Klinikgebäudes, als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. Er betont nochmals, dass die Flächen geräumt und altlastenfrei an die Gemeinde übergeben werden sollen. Zusammen mit der ca. 2,25 ha großen künftigen Wohnbaufläche würden mehr als 50 % des ehemaligen BWK-Geländes an die Gemeinde gehen. Details müssten im darauf fußenden städtebaulichen Konzept ausgearbeitet und entwickelt werden. Dies gelte auch für die Anbindung des Geländes an den Park der Gärten.

AM Hinrichs führt aus, es gelte, die aktuelle Beschlusslage auf den Prüfstand zu stellen. Bislang habe der Fokus auf einer touristischen Nachfolgenutzung gelegen. Die nunmehr diskutierte Wohnnutzung auf Teilen des Geländes sei begründet in der von der Verwaltung in der Beschlussvorlage dargestellten verschärften Wohnungssituation. Die Gemeinde sei gehalten, sparsam und schonend mit Grund und Boden umzugehen. Das Gelände des ehemaligen Bundeswehrkrankenhauses biete sich daher an. Positiv sei aber, dass weiterhin auch eine touristische Nutzung konzeptionell vorgesehen sei. Es müsse festgestellt werden, dass sich eine rein touristische Nutzung als nicht realisierbar erwiesen habe. Das nunmehr vorgestellte Verhandlungsergebnis sei zudem geeignet, bisherige Kritikpunkte auszuräumen. Diese lagen im Wesentlichen in den touristischen Auswirkungen sowie in den Auswirkungen der Planungen für Natur und Landschaft. Aus touristischer Sicht ist anzumerken, dass nach dem vorgestellten Konzept ca. 400 Betten verteilt auf das Hotel und die Ferienhäuser vorgesehen sein. In vorhergehenden Planungen seien deutlich mehr Betten geplant gewesen. Die tourismusfachliche Bewertung der ift Freizeit- und Tourismusberatung GmbH habe die Obergrenze der Verträglichkeit für zusätzliche Betten im Vier-Sterne-Segment bei 250 Betten gesehen, wenn der Betrieb keine neuen Zielgruppen anspricht. Mit der Kombination Ferienhäuser, Hotel und Freizeitanlagen sollen aber neue Gästegruppen angesprochen werden. Eine Verjüngung der Gästestruktur sein erforderlich. Wie in vorangegangenen Beratungen ausgeführt, sei es wichtig, durch geeignete Instrumentarien das Dauerwohnen auszuschließen.

Zur ökologischen Verträglichkeit erläutert AM Hinrichs, dass zurzeit rd. 26.000 m² durch Hauptnutzungen auf dem Gelände versiegelt seien. Künftig soll dieses nach dem Eckwertepapier auf 20.000 m² begrenzt sein. Diese Regelung im Eckwertepapier bleibe bestehen. Allein rund 12.000 m² der derzeit versiegelten Flächen würden östlich des Bachstelzenweges liegen. Künftig sollen dort keine Versiegelungen möglich sein. Dort soll sogar eine Erweiterung des Landschaftsschutzgebietes erfolgen. Auch sei keine Marina mehr vorgesehen. Er betont, dass seines Erachtens mit den ca. 16,5 ha die wertvollere, künftig nicht bebaubare Fläche, an die Gemeinde gehe. Es sei eine Chance für die Gemeinde. Insgesamt sehe die SPD-Fraktion das Verhandlungsergebnis als eine gute Basis für eine zukunftsfähige Entwicklung des Geländes. Die SPD-Fraktion werde daher ohne Gegenstimme den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zustimmen.

AM Schlüter erklärt, er könne vielen Aussagen seines Vorredners zustimmen. Auch die Fraktion der Grünen sei mehrheitlich der Auffassung, dass das Verhandlungsergebnis eine gute Basis darstelle. 16,5 ha würden der Gemeinde übertragen werden. Dieser Bereich stelle für die Öffentlichkeit künftig einen attraktiven Bereich dar. Zusätzlich könne das Landschaftsschutzgebiet erweitert werden. Durch die Übernahme der Flächen durch die Gemeinde werde der Seeuferbereich langfristig geschützt. Dies sei von herausragender Bedeutung für den Naturschutz. Natürlich seinen Details noch zu erörtern. Mit allen aufgeführten Punkten sei man nicht glücklich. Zu der Fläche 2 macht er deutlich, dass dort viele Bäume stehen würden. Diese müssten erhalten werden. Hinsichtlich der Nutzung der Fläche 5 (Grünfläche) sehe er noch Gesprächsbedarf. Hierzu werde er sich im nichtöffentlichen Teil äußern.

Stellv. AM Dr. Martin stimmt ebenfalls vielen Punkten seiner Vorredner zu. Erfreulich sei, dass es auch eine Schnittmenge mit den Grünen gebe. Die vorgestellten Verhandlungsergebnisse stellten einen guten Kompromiss dar. Er macht aber deutlich, dass dieses alles rechtssicher abgearbeitet werden müsse. Mit der Grundstückseigentümersin, der Palais am Meer, habe man nicht nur gute Erfahrungen gemacht. Vorsicht sei daher geboten. Die vorgesehenen Regelungen im Rahmenvertrag seien daher nachzubessern. Er stellt die Frage, wie z. B. der Familientourismus gewährleistet werden könne. Gleiches gelte für den Tagungsbereich. Dazu seien Konkretisierungen erforderlich. Auch müsse es in Bezug auf den Bau des Hotels Absicherungsmechanismen geben. Zu dem vorgeschlagenen Erwerb der Fläche 1 durch die Gemeinde spricht er sich für eine Kostendeckelung aus. Es müsse für die Gemeinde kalkulierbar sein. Hinsichtlich der im Vertrag genannten Bürgschaften weist er darauf hin, dass es sich um Vertragserfüllungsbürgschaften einer inländischen Bank handeln müsse. Abschließend spricht er sich dafür aus, eine zweite Rechtsanwaltskanzlei einzuschalten, um die Angelegenheit so rechtssicher wie möglich zu gestalten.

Stellv. AM Hullmann erklärt für die UWG-Fraktion, dass auf der künftigen gemeindlichen Wohnbaufläche (Fläche 1) vornehmlich bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden sollte. Insgesamt werde das vorgestellte Verhandlungsergebnis begrüßt.

AM Frau Brettschneider erklärt, ihres Erachtens habe sich die Palais am Meer an keine Vereinbarungen gehalten. Auch die bisherige Planung habe das Eckwertepapier nicht eingehalten. Für sie sei die Gesellschaft nicht vertrauenswürdig. Sie stimmt daher dem Vorschlag des stellv. AM Dr. Martin zu, eine weitere Rechtsberatung hinzuzuziehen. Zu der Wohnbaufläche 2, die bei der Palais am Meer verbleibe, befürchtet sie den ausschließlichen Bau von Luxuswohnungen. Bad Zwischenahner Bürger werden sich diese nicht leisten können. Sie spricht sich daher gegen eine Änderung des Eckwertepapiers aus.

BM Dr. Schilling führt zu den Wohnbauflächen aus, dass dort marktgerecht gebaut werde. In welcher Form auf der gemeindeeigenen Fläche gebaut werden soll, werde zu diskutieren sein. Er halte es aber für eher schwierig, in Rostrup ausschließlich Luxuswohnungen zu errichten. Er sehe dort Stadtvillen, wie sie auch vorwiegend im Ort Bad Zwischenahns gebaut worden seien. BM Dr. Schilling geht dann auf die schwierige Wohnungsmarktlage im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen ein. Die Gemeinde stünde angesichts der Prognosen erheblich unter Druck. Auch er hätte vor zwei Jahren eine solche Situation für kaum möglich gehalten.

Zu dem Verhandlungsergebnis macht er deutlich, dass auch für ihn die „Filetspitzen“ an die Gemeinde gehen. Es bestehe hier die Chance, wertvolle Bereiche zu sichern und zu entwickeln. Zu der touristischen Nutzung weist er darauf hin, dass Bad Zwischenahn noch knapp über 4.000 Betten verfüge. Im Jahr 2002 seien es noch über 5.000 gewesen. Eine teilweise touristische Nutzung auf dem Gelände sei daher sinnvoll. Der Kompromiss sei vermittelbar und tragbar. Zum Verfahren macht er deutlich, dass die Politik im Vorfeld in die Verhandlungsschritte immer eingebunden worden sei. Die Zwischenergebnisse aus den einzelnen Verhandlungsrunden seien immer „zurückgespiegelt“ worden. Es werden daher

in aller Deutlichkeit Aussagen zurückgewiesen, wonach es Geheimverhandlungen gegeben haben soll. Auf die Berichterstattung in der Nordwest-Zeitung weist er hierbei hin.

Beschlussvorschlag:

- a) Das bestehende Eckwertepapier wird um die „Zulässigkeit von Wohnen in Teilbereichen“ erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

- c) Es wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 156 Rostrup - westlich Bachstelzenweg - mit dem sich aus der Vorlage ergebenden Geltungsbereich beschlossen. Gleichzeitig wird die Durchführung einer dazugehörigen Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

- d) Die Verwaltung wird beauftragt, eine Einwohnerinformationsveranstaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Beratung des Beschlussvorschlages zu b) hinsichtlich des städtebaulichen Rahmenvertrages erfolgt im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung (siehe TOP 1).

5 Anfragen und Hinweise

Keine.

6 Einwohnerfragestunde

Auf eine Frage von Frau Bösche antwortet Herr KD Dr. Hemken, der Abbau der Bettenzahl sei seit längerer Zeit zu beobachten. Die Gründe dafür seien vielschichtig. Kaum Verluste habe es allerdings im Bereich der Hotellerie gegeben. Hier sei man gut aufgestellt. Probleme bestünden im Privatsektor bei den Pensionen. Dies sei aber deutschlandweit zu beobachten. Dies habe auch etwas mit den anstehenden Generationswechselln zu tun. Die Regelung einer Nachfolge sei schwierig und nicht immer gewährleistet. Insgesamt begrüße er es, wenn sich der Standort Rostup entwickeln könne und zur Stabilität des Angebotes beitrage. Die bestehende Hotellerie werde seines Erachtens nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Herr Haubold zweifelt den Gewinn für den Landschaftsschutz im Zusammenhang mit der ca. 16,5 ha großen Fläche, die an die Gemeinde übertragen werde, an. Er kritisiert, dass Teile des Landschaftsschutzgebietes auch zukünftig im Eigentum der Palais am Meer ver-

bleiben würden. Zur geplanten Bebauung äußert er die Befürchtung, dass Bauruinen entstehen könnten. Abschließend bezweifelt er, dass eine Auslastung des geplanten Hotels vor dem Hintergrund des demographischen Wandels gewährleistet werden könne.

FBL Meyer erläutert nochmals, dass mit der Übertragung der direkt am Meer liegenden 16,5 ha auch eine Erweiterung des Landschaftsschutzgebietes möglich werde. Zudem würden heute noch auf dieser Fläche vorhandene Gebäudekörper in einer Flächengröße von rd. 12.000 m² zurückgebaut und dadurch Flächen entsiegelt werden. Dieses habe nicht nur für Natur und Landschaft sondern auch für das Landschaftsbild eine herausragende Bedeutung. Zudem würden geschützte Biotope, die im Uferbereich des Zwischenahner Meeres liegen, künftig ins Eigentum der Gemeinde übergehen.

Auf eine Frage von Frau Bösche erklärt FBL Meyer die Instrumentarien, die ein Dauerwohnen in den künftigen Sondergebieten Hotel und Ferienhäuser ausschließen sollen. Genannt werden hierbei neben den Festsetzungen des Bebauungsplanes auch Eintragungen in den Grundbüchern oder auch das Eintragen von entsprechenden Baulasten (ggf. Anbindung an das Hotel). Diese Möglichkeiten bestünden nicht für die vorhandenen Wochenendhäuser im Bereich des Zwischenahner Meeres. Hier handele es sich um Bestandsgebäude außerhalb von Bebauungsplangebieten.

Herr Hubert zeigt sich irritiert darüber, dass für die Palais am Meer nunmehr Wohnbauflächen ausgewiesen werden sollen. Er erinnert daran, dass in dem Kaufvertrag zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Palais am Meer keine Abschöpfungsklausel vorgesehen sei. Zum Vorwurf macht er der Gemeinde, dass sie seinerzeit das Gelände nicht erworben habe. Nach dem heutigen Artikel in der Nordwest-Zeitung gebe es augenscheinlich viele Ungereimtheiten. Er mahnt daher zur Vorsicht. Abschließend bittet er die Gemeinde darum, das Gelände um das Schwesternwohnheim auf Schadstoffe hin zu untersuchen.

BM Dr. Schilling erklärt dazu, dass die Frage der Aufnahme einer Abschöpfungsklausel keine Angelegenheit der Gemeinde gewesen sei. Die Gemeinde sei an diesen Verhandlungen nicht beteiligt gewesen. Dies sei seinerzeit ausschließlich eine Angelegenheit der Bundesanstalt gewesen. Zu einer Anmerkung des Herrn Hubert zu dem Richtwert erläutert BM Dr. Schilling, dass dieser für Rostrup aktuell 120 € betrage. Einen in der Nordwest-Zeitung genannten deutlich höheren Wert halte er gerade für die zur Elmendorfer Straße hin ausgerichteten Flächen für unrealistisch.

Frau Voigt verweist auf die anstehenden Öffentlichkeitsbeteiligungen. Viele Bürgerinnen und Bürger hätten sicherlich viele Anregungen bzw. Konfliktpunkte zu benennen, die im weiteren Verfahren von Bedeutung sein können. Sie fragt, in welcher Form eine Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen sei.

BM Dr. Schilling antwortet, dass im Rahmen der anstehenden Bauleitplanverfahren auch Öffentlichkeitsbeteiligungen durchgeführt werden. Diese würden auch in Form von Einwohnerinformationsversammlungen durchgeführt. Darüber hinaus werde die Gemeinde zu einer ersten Informationsveranstaltung im März/April 2016 einladen.

Auf die Frage einer Bürgerin antwortet BM Dr. Schilling, dass zurzeit kein Baurecht für die Fläche des ehemaligen Bundeswehrkrankenhauses bestehe. Die Palais am Meer könne daher auch noch nicht bauen. Er verweist nochmals auf die bisherigen Beratungen, wonach es keine politische Mehrheit für die von der Palais am Meer vorgelegte Planung gegeben habe.

Auf einen Hinweis von Frau Bösche zu dem veröffentlichten Jahresabschluss der Gesellschaft Palais am Meer erklärt BM Dr. Schilling, dass dieser nur bedingt aussagekräftig sei. Schlussfolgerungen könnten daraus nicht gezogen werden.

Stellv. Am Dr. Martin merkt dazu an, es sei nicht ungewöhnlich, dass eine Projektgesellschaft nur über ein geringes Eigenkapital verfüge.

Herr Haubold ist der Auffassung, dass aufgrund der kurzfristig nachgereichten Unterlagen zur Beschlussvorlage die Angelegenheit nicht beratungsreif sei. Er bedauert, dass nicht auch die Flächen in direkter Nachbarschaft zum ehemaligen Offiziersheim an die Gemeinde übertragen werden. Diese würden auch im Landschaftsschutzgebiet liegen und seien daher von besonderer Bedeutung.

BM Dr. Schilling betont nochmals, dass die Verwaltung den Auftrag hatte, entsprechende Verhandlungen zu führen. Die Politik sei über alle Schritte immer zeitnah informiert worden. Die Thematik ist insofern den Fraktionen bekannt gewesen. Es bestand ausreichend Zeit, sich in dieser Sache vorzubereiten.

Auch AM Dierks führt aus, die Politik sei sehr frühzeitig beteiligt worden. Die Verwaltung habe über alle Details frühzeitig informiert. Eine Meinungsbildung sei daher möglich gewesen. Zu dem Hinweis einer Bürgerin, dass dort die Gefahr einer Bauruine gesehen werde, führt AM Dierks aus, dass derzeit auf dem Gelände viele Bauruinen stehen würden. Diesen Zustand wolle man nicht mehr.

AM Schlüter erläutert, die Angelegenheit sei in der Fraktion lang und breit diskutiert worden. Der städtebauliche Rahmenvertrag sei jedoch noch nicht unterschriftsreif. In Teilen bestünden noch Bedenken. Die heute vorgestellten Verhandlungsergebnisse würden jedoch viele gute Aspekte beinhalten.

Weitere Anfragen und Hinweise werden in der Einwohnerfragestunde nicht vorgetragen.

Nicht öffentlicher Teil

AV Kellermann-Schmidt schließt die Sitzung.

Kellermann-Schmidt
Ausschussvorsitzender

Meyer
Fachbereichsleiter

Gronde
Protokollführer